

## Antrag

Hannover, den 09.12.2025

Fraktion der AfD

### **Fatigue-Syndrom ernst nehmen - Versorgung verbessern, Forschung stärken - Post-Vac sichtbar machen!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Die Ausschussanhörung vom 12. Juni 2025 hat deutlich gemacht, dass das Fatigue-Syndrom - insbesondere infolge von COVID-19-Infektionen oder Impfnebenwirkungen - für eine wachsende Zahl von Menschen in Niedersachsen eine gravierende gesundheitliche und soziale Belastung darstellt. Betroffene berichten von massiven Einschränkungen im Alltag, von Berufsunfähigkeit und sozialem Rückzug. Zugleich zeigen die Aussagen von Experten aus Praxis, Forschung und Versorgung, dass es bislang an klaren Begrifflichkeiten, flächendeckenden Versorgungsstrukturen sowie an transparenter Forschung fehlt<sup>1</sup>.

Derzeit wird das Fatigue-Syndrom in der medizinischen Praxis häufig unsystematisch erfasst, unzureichend diagnostiziert und nicht selten vorschnell in den psychosomatischen Bereich eingeordnet. Diese Vermischung mit anderen Krankheitsbildern - etwa Long COVID oder ME/CFS - erschwert eine gezielte Versorgung ebenso wie eine differenzierte wissenschaftliche Aufarbeitung<sup>2</sup>. Besonders auffällig ist, dass Post-Vac-Betroffene oftmals strukturell benachteiligt oder gar nicht erfasst werden.

Mehrere Fachleute wiesen darauf hin, dass eine erhebliche Dunkelziffer an Erkrankten zu vermuten sei - insbesondere unter jenen, deren Beschwerden bislang keiner gesicherten Diagnose zugeordnet wurden oder die aus Unsicherheit keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auch aufgrund dieser unzureichenden Datengrundlage ist das Fatigue-Syndrom bislang nur eingeschränkt politisch und versorgungsstrategisch erfassbar.

Auch im Bereich der Forschung besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene existieren ausreichende Erkenntnisse über die tatsächliche Häufigkeit, den Versorgungsbedarf oder die Therapieerfolge bei Fatigue<sup>3</sup>. Gleichzeitig fehlen bundesweit einheitliche Kodierungs- und Abrechnungsstandards, die eine strukturierte Versorgung ermöglichen würden<sup>4</sup>.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Landespolitik, Impulse zu setzen, Versorgungslücken zu schließen und eine aktive Rolle bei der bundesweiten Ausgestaltung von Forschungs- und Versorgungspfaden einzunehmen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass Post-Vac-Erkrankungen in Diagnostik, Versorgung, Forschung und Entschädigung angemessen berücksichtigt werden, insbesondere in bestehenden Programmen und Modellvorhaben,
2. das Fatigue-Syndrom als eigenständiges Krankheitsbild in der landespolitischen Gesundheitsstrategie stärker sichtbar zu machen und sich für eine fachlich fundierte Abgrenzung gegenüber Long COVID, ME/CFS und psychosomatischen Erkrankungen einzusetzen,

---

<sup>1</sup> Niedersächsischer Landtag, Ausschussanhörung „Fatigue-Syndrom“ vom 12.06.2025

<sup>2</sup> <https://www.fatigatio.de/aktuelles/detail/forschungsstand-zu-me-cfs-fatigatio-widerspruch-zur-stellungnahme-dgn>

<sup>3</sup> <https://www.mecfs.de/statement-zur-stellungnahme-der-dgn/>

<sup>4</sup> <https://www.pei.de/DE/newsroom/positionen/covid-19-impfstoffe/stellungnahme-postvac.html>

3. eine Übersicht über bestehende Versorgungsangebote, Diagnostikstellen und Ambulanzen für Fatigue-Betroffene zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren, um Transparenz für Patienten und Leistungserbringer zu schaffen,
4. den weiteren Ausbau interdisziplinärer Versorgungsangebote zu prüfen und zu fördern, insbesondere durch
  - den Aufbau niedrigschwelliger Anlaufstellen in allen Versorgungsregionen,
  - die koordinierte Einbindung von Haus- und Fachärzten, Psychologen und Rehabilitationsstrukturen,
  - gezielte Informationsangebote für Leistungserbringer,
5. wissenschaftliche Projekte zu unterstützen, die die Versorgungssituation, Verlaufsmuster und ursächliche Faktoren des Fatigue-Syndroms unter Einbeziehung von Betroffenenperspektiven und wissenschaftlicher Diversität systematisch untersuchen,
6. sich auf Bundesebene - insbesondere beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) - für eine thematisch offene Forschungsförderung einzusetzen, die Fatigue, Long COVID und Post-Vac differenziert berücksichtigt,
7. im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz auf eine einheitliche Kodierung, Abrechnung und Dokumentation des Fatigue-Syndroms hinzuwirken, um die Versorgungsqualität bundesweit zu verbessern und
8. bei ausbleibenden Fortschritten auf Bundesebene zu prüfen, ob eine niedersächsische Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Versorgung und Erforschung des Fatigue-Syndroms angezeigt ist.

#### Begründung

Das Fatigue-Syndrom stellt für viele Betroffene eine tiefgreifende Belastung im beruflichen, sozialen und gesundheitlichen Alltag dar. In der Ausschusssitzung vom 12. Juni 2025 wurde deutlich, dass die tatsächliche Zahl der Erkrankten deutlich höher liegen dürfte als bislang erfasst<sup>5</sup>. Fachleute verwiesen auf eine erhebliche Dunkelziffer, insbesondere bei jenen, deren Beschwerden nicht eindeutig einer bestehenden Diagnose zugeordnet wurden oder die aus Unsicherheit keine medizinische Versorgung aufsuchen. Auch Post-Vac-Betroffene werden in vielen Statistiken nicht separat geführt, obwohl sie symptomatisch häufig unter Fatigue leiden.

Die derzeitige Versorgungslage in Niedersachsen wurde in der Anhörung übereinstimmend als unzureichend bewertet. Zahlreiche Betroffene sehen sich mit monatelangen Wartezeiten, fehlenden Anlaufstellen und einem Mangel an spezialisierten Versorgungsstrukturen konfrontiert. Hausärzte fühlen sich in der Behandlung häufig überfordert, während spezialisierte Ambulanzen in der Regel nur an universitären Zentren existieren und deren Kapazitäten vielfach ausgeschöpft sind. Besonders kritisch wurde angemerkt, dass Post-Vac-Erkrankte in bestehenden Versorgungsprogrammen oft nicht berücksichtigt werden - weder in der Diagnostik noch in der Therapie.

Hinzu kommt eine unzureichende Differenzierung in der Diagnostik: Das Fatigue-Syndrom wird derzeit häufig mit Long COVID, ME/CFS oder psychosomatischen Krankheitsbildern vermischt. Diese unscharfe Einordnung führt nicht nur zu Fehlbehandlungen, sondern auch zur strukturellen Unsichtbarkeit des Fatigue-Syndroms als Post-Vac in Forschung und Versorgung. Fachleute warnten in der Anhörung vor einem vorschnellen Rückgriff auf psychosomatische Erklärungsmodelle, die bei den Betroffenen zu Stigmatisierung und einem Vertrauensverlust in das Gesundheitssystem führen können<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> <https://www.aerzteblatt.de/news/lauterbach-will-mehr-geld-fur-forschung-an-fatigue-syndrom-feef53b1-495a-43b6-9c04-c6a7caf93175>

<sup>6</sup> [https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/wie\\_sich\\_schweres\\_long\\_covid\\_langfristig\\_entwickelt](https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/wie_sich_schweres_long_covid_langfristig_entwickelt)

Auch im Bereich der Forschung wurde ein erheblicher Handlungsbedarf konstatiert. Weder auf Landes- noch auf Bundesebene existiert eine systematische Erhebung zur Verbreitung, Versorgungslage oder Wirksamkeit bestehender Therapien. Zudem sind viele der derzeit laufenden Studien ausschließlich auf Long COVID fokussiert. Zwar hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einer Förderrichtlinie vom 30. August 2023 Projekte zur Datenanalyse in der Long-/Post-COVID-Forschung aufgelegt<sup>7</sup>. Fatigue und insbesondere Post-Vac-Erkrankungen werden darin jedoch nicht systematisch berücksichtigt. Das Fatigue-Syndrom insgesamt und Post-Vac-Erkrankungen im Besonderen finden kaum Berücksichtigung. Forschungsvorhaben, die gezielt Ursachen, Krankheitsverläufe und Versorgungshindernisse analysieren, werden bislang nicht ausreichend gefördert. Selbst im Deutschen Bundestag wurde ein Antrag zur Stärkung der Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac eingebracht und von der Ampelkoalition abgelehnt<sup>8</sup>. Niedersachsen darf dieses Versäumnis nicht wiederholen.

Die Anhörung hat schließlich auch die Bedeutung einer bundesweiten Standardisierung deutlich gemacht. Eine klare Kodierung, abrechnungsfähige Diagnosestellung und einheitliche Leitlinien fehlen bislang. Die Folge ist eine heterogene Versorgungspraxis, die weder für Betroffene noch für Behandler verlässlich ist. Ohne ein abgestimmtes bundesweites Vorgehen werden sich diese Defizite nicht überwinden lassen. Umso dringlicher ist es, dass sich Niedersachsen aktiv in die gesundheitspolitische Debatte auf Bundesebene einbringt und dabei insbesondere auf die gleichwertige Berücksichtigung von Post-Vac-Betroffenen drängt.

Jens-Christoph Brockmann

Parlamentarischer Geschäftsführer

---

<sup>7</sup> <https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Bekanntmachungen/DE/2023/09/2023-09-07-Bekanntmachung-Long-COVID.html>

<sup>8</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005983.pdf>; <https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007477.pdf>